

Wirtschaftspolitische Informationen



Wirtschaft
Technologie
Umwelt | Vorstand

Aktuelle wirtschafts-, technologie- und umweltpolitische Themen

Nr. 03 / 12. Mai 2010

Kurz und bündig

Erklärung des Vorstands der IG Metall

- Die Finanzhilfe für Griechenland ist ein längst überfälliger erster Schritt, um dem Land wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen.
- Die hohe Staatsverschuldung Griechenlands ist nicht der Hauptgrund der gegenwärtigen Krise. Es ist die Spekulation, die es Griechenland unmöglich gemacht hat, sich weiter auf den privaten Kapitalmärkten zu finanzieren
- Die IG Metall hält die Sparmaßnahmen, die der IWF und die Finanzminister der Euro-Gruppe Griechenland auferlegen wollen, für den ökonomisch falschen und sozial nicht tragbaren Weg
- Die IG Metall spricht sich prinzipiell gegen einen "Krisenmechanismus" aus, der über den Zwang zur Reduzierung öffentlicher Ausgaben Einschnitte in sozialstaatliche Rechte und Kürzungen von Arbeits- und Sozialeinkommen die Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise den Bürgerinnen und Bürgern aufbürdet.
- Die Krise Griechenlands ist eine Herausforderung für ganz Europa. Schuld am Druck auf den Euro ist die Spekulation.
- Griechenlands Krise muss zu einem Ausgangspunkt für einen Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen Integration werden.
- Der Euro-Rettungsschirm ist eine notwendige Maßnahme, um den Spekulanten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Allerdings weist er noch Konstruktionsmängel auf.
- Die IG Metall wird verstärkt darauf einwirken, dass unter Beteiligung und Aktivierung der europäischen Gewerkschaftsbünde die Informationen zwischen den Gewerkschaften und die Koordinierung der gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen intensiviert werden.

Der Euro hat noch eine Zukunft

Der finanzielle Rettungsschirm wird gespannt. Jetzt gilt es, den Spekulanten das Handwerk zu legen.

Finanzhilfen für Griechenland und andere Eurostaaten sind richtig

Die Infame, zum Teil nationalistische, Propaganda, mit der einige Medien (Bildzeitung: „Jetzt doch: Griechen wollen unser Geld“) in Deutschland die Wirtschaftskrise in Griechenland kommentierten, ist für Deutschland beschämend. Statt Griechenland rechtzeitig zu Seite zu stehen, haben Politiker die griechische Regierung mit beherrschenden, populistischen Floskeln bedacht. Viel zu lange hat so die koordinierte Aktion der Eurostaaten auf sich warten lassen.

Jetzt endlich wollen die Europartner Griechenlands und der Internationale Währungsfonds (IWF) Griechenland zusammen 110 Milliarden Euro an Krediten zur Verfügung stellen. 22 Milliarden Euro davon kommen aus Deutschland. Hier soll die staatliche KfW-Bank die mit öffentlicher Garantie versehenen Kredite an Griechenland vergeben.

Diese Entscheidung der Euroländer ist richtig. Sie ist ein längst überfälliger Schritt, um Griechenland aus den Fängen der Spekulation zu befreien. Die Investoren an den Finanzmärkten verlangten bis zu 16 Prozent Zinsen - wenn sie Griechenland überhaupt Geld liehen.

Portugal und Spanien mussten in den letzten Wochen ähnlich hohe Risikoaufschläge zahlen. Die Wirtschaftsdaten der südlichen Eurostaaten rechtfertigen die Zinsaufschläge, die sie in letzter Zeit auf ihre Staatsanleihen zu zahlen hatten, in keiner Weise. Spanien zum Beispiel hatte die harten Maastricht-Kriterien schon übererfüllt. Die Regierung hatte sogar Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet. Aber - wie überall in der Welt - hat sich auch bei den südlichen Mitgliedstaaten die Lage der öffentlichen Haushalte durch die Finanzmarktkrise verschlechtert.

Defizitquote 2009 Defizit in Prozent des BIP

Irland	- 14,3
Griechenland	- 13,6
Spanien	- 11,2
Portugal	- 9,4
Frankreich	- 7,5
EU 27	- 6,8
Euro-Zone	- 6,3
Belgien	- 6,0
Italien	- 5,3
Deutschland	- 3,3

Quelle: Eurostat-Pressemitteilung 55/2010, 22. April 2010

Zum Rückgang der Steuereinnahmen kamen - bedingt durch steigende Arbeitslosigkeit und Maßnahmen zur Krisenbewältigung - steigende Ausgaben. Mit dem herbei geredeten Staatsbankrott hat das gar nichts zu tun.

Der Druck auf den Euro ist durch die systematische Spekulation von Hedge-Fonds, Banken und Investmentfonds entstanden. An den Terminbörsen wurden Anfang Mai so viel Wetten gegen den Euro abgeschlossen wie nie zuvor gegen eine Währung.

Am 9./10. Mai 2010 haben die Regierungschefs der Euro-Mitgliedstaaten ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Eurozone beschlossen. Im Zentrum steht ein Europäischer Finanzstabilitätsmechanismus in einer Gesamthöhe von 500 Milliarden Euro. Davon werden 60 Milliarden Euro von der EU-Kommission am Kapitalmarkt aufgenommen und direkt als Kredite an diejenigen Eurostaaten weiter gegeben, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Neben den direkten Krediten der EU-Kommission haben sich die Eurostaaten zum Aufbau einer Zweckgesellschaft verpflichtet, die weitere Kredite von 440 Milliarden Euro an Länder in finanziellen Schwierigkeiten vergeben kann, wenn die 60 Milliarden Euro nicht reichen. Dafür sollen alle Eurostaaten garantieren. Auf Deutschland entfällt eine Garantiesumme von mindestens 123 Milliarden Euro - entsprechend dem 28-Prozent-Anteil der Bundesrepublik an der Europäischen Zentralbank (EZB).

Der Euro-Rettungsschirm ist eine notwendige Maßnahme, um den Spekulanten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Allerdings weist er noch Konstruktionsmängel auf:

- Erstens muss die Zweckgesellschaft ihre Mittel – eventuell teuer - am Kapitalmarkt aufnehmen. Die Zweckgesellschaft ersetzt nur die fehlende Kapitalmarkttauglichkeit des betroffenen Eurostaates durch die Reputation der Länder, die mit der Bürgschaft für die Kreditwürdigkeit der neuen Einrichtung haften. Insofern setzt diese Zweckgesellschaft der bisherigen Praxis der Finanzierung der Staatsfinanzen über den Kapitalmarkt nicht genug entgegen.
- Zweitens greifen die Kredite der Zweckgesellschaft zu spät – nämlich erst dann, wenn die anderen Mitgliedstaaten des Euroraums, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die EZB gemeinsam die Gefährdung der Zahlungsfähigkeit des betreffenden Staates festgestellt haben. Die Eurostaaten geben also erst dann Garantien, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. So trägt die Aussicht auf eine Garantie wenig zur Krisenprävention bei.

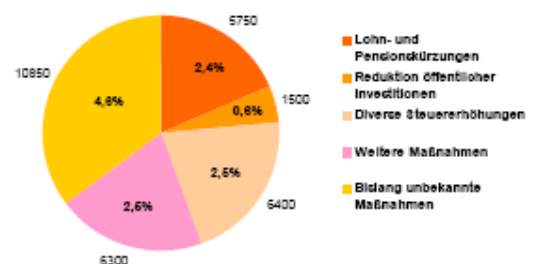
Die Sparprogramme sind eine soziale Katastrophe

Wirklich schlimm sind aber die Bedingungen für die Inanspruchnahme der Kredite und das Zwangssparpaket, die der IWF und die Eurogruppen-Finanzminister Griechenland und den anderen auferlegen wollen. Griechenland soll sein Staatsdefizit bis 2014 um elf Prozentpunkte abbauen. Mit Auflagen nach Art der vielen gescheiterten Austeritätsprogramme des IWF treiben die vermeintlichen Helfer Griechenland sehenden Auges in eine jahrelange Rezession. Nach deren eigenen Berechnungen wird die griechische Wirtschaft 2010 um vier Prozent und 2011 noch einmal um 2,5 Prozent schrumpfen. Das ist eine Katastrophe für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und alle normalen griechischen Bürger. Griechenland und die anderen südlichen EU-Staaten haben in der Krise schon viele Arbeitsplätze verloren. Das geforderte Sparprogramm wird die Arbeitslosigkeit weiter hochschnellen lassen. Sinkende Arbeitseinkommen und Renten werden eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Ein erzwungener Rückgang von Einkommen und Wirtschaftsleistung wird die griechischen Steuereinnahmen weiter einbrechen lassen. Das ist das letzte, was Griechenland derzeit braucht.

Der Staat, so wollen es Euroländer und IWF, soll diejenigen anpacken, an die er am leichtesten herankommt: Rentner, Lehrerinnen, griechische Krankenschwestern und viele andere öffentliche Arbeitnehmer, die keinerlei Verantwortung für die Krise tragen. Mit der Anhebung der Mehrwertsteuer werden auch die Einkommen der Menschen in der Privatwirtschaft getroffen.

Einsparungen in Griechenland

-in Millionen EUR und in Prozent zum BIP, 2010-2014-



Genau so einen Krisenmechanismus setzen die Eurostaaten auch für die Kreditgewährung an andere Eurostaaten in Kraft. Voraussetzung für ihre Garantien ist, dass der betroffene Mitgliedstaat mit der EU-Kommission, dem IWF und der EZB ein Sparprogramm vereinbart hat. Es droht die Gefahr einer deflationären Zwangsstrategie. Das würde Euroland nach der Krise 2009 in eine zweite Rezession treiben!



Stopp der Spekulation gegen Euroländer

Im „Fall Griechenland“ gibt es sicherlich hausgemachte Probleme. Dazu gehören verkrustete Systemstrukturen und Korruption in der Verwaltung. Der Staat hat nicht dafür gesorgt, die Steuereinnahmen auf das europäische Durchschnittsniveau zu heben. Für Großverdiener und Vermögende ist die Besteuerung minimal. Unentschuldigbar ist auch die statistische Manipulation, mit der die tatsächliche Staatsverschuldung vertuscht wurde.

Aber die hohe Staatsverschuldung ist nicht der Hauptgrund der gegenwärtigen Krise. Auch andere Regierungen sind bei ihren Bürgern hoch verschuldet. Die japanische Regierung hat Schulden in Höhe von 190 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Es ist die Spekulation und die Wucherzinsen, die es dem Land unmöglich gemacht haben, sich weiter auf den privaten Kapitalmärkten zu finanzieren. Die Lehre aus Griechenland lautet: Spekulation gegen einzelne Länder darf es künftig nicht mehr geben!

Schuldenquote 2009	
Schuldenstand in Prozent des BIP	
Spanien	53,2
Irland	64,0
Deutschland	73,2
EU 27	73,6
Portugal	76,8
Frankreich	77,6
Euro-Zone	78,7
Belgien	96,7
Griechenland	115,1
Italien	115,8

Quelle: Eurostat-Pressemitteilung 55/2010, 22. April 2010

Europäische Politiker haben aus der Finanzkrise nicht viel gelernt. Sie ließen zu, dass die Ratingagenturen, die noch vor kurzen US-Giftmüllpapiere als sichere Anlage eingestuft haben, nun für souveräne Staaten den Daumen senken und private Anleger völlig übertriebene Risikoprämien fordern. Sie erlauben weiterhin sogenannte Kreditausfallversicherungen (Credit default swaps CDS), mit denen auf die Pleite Griechenlands und anderer Euroländer spekuliert wird. Hedge Fonds und Banken bringt all das exorbitante Gewinne. Die griechische Regierung wurde in die Knie gezwungen. Die griechischen Arbeitnehmer zahlen die Zeche.

Die Stabilität des Euro verlangt wirksame Instrumente gegen die Spekulation:

1. Dazu muss der Markt für Kreditversicherungen ausgetrocknet werden. Der Handel mit Kreditausfallversicherungen (CDS) muss verboten werden.
2. Dem Treiben der Ratingagenturen muss ein Riegel vorgeschoben werden, die EU muss so schnell wie möglich von den Finanzmärkten unabhängige Ratinginstitute unter Beteiligung der EZB schaffen.
3. Die Banken müssen mit einer ausreichend hohen Finanztransaktionssteuer für die Kosten der Finanzkrise aufkommen.

Finanzierung für die Euroländer auf solide Füße stellen

Das 110 Milliarden-Euro-Paket für Griechenland hilft nur kurzfristig. Die Zinsen darauf sind viel zu hoch, um eine wirkliche Entlastung zu gestatten. Griechenland und die anderen südeuropäischen Länder brauchen Zugang zu Finanzierung mit günstigen Konditionen.

Bei den Banken hat die EZB das gemacht. Sie stellte ihnen unbegrenzt Zentralbankgeld zu einem Zinssatz von nur einem Prozent zur Verfügung. Ihre faulen Papiere wurden als Sicherheit akzeptiert.

In den USA und in Japan kann sich auch die Regierung direkt bei der Zentralbank verschulden. Die Satzung der EZB aber verbietet die direkte Finanzierung von Staaten. Das ist nicht einzusehen. Die EZB greift Finanzjongleuren unter die Arme, den Mitgliedstaaten der Währungsunion aber nicht.

Im Rahmen des Euro-Rettungsschirms soll sich das jetzt ein klein wenig ändern. Die Europäische Zentralbank hat angekündigt, angesichts der Eurokrise zum ersten Mal Staatsanleihen am Markt aufzukaufen. Das ist besser, als sich ganz herauszuhalten, aber wieder machen die Finanzmärkte den Schnitt. Denn die EZB muss dann den Banken ihre Griechenland-Anleihen zu Marktzinsen abkaufen.

- Richtiger ist, dass die EZB Staatsanleihen direkt von Griechenland, Portugal und Spanien aufkauft. Nur so bekommen die Regierungen günstige Gelder der Europäischen Zentralbank, die ihnen die Haushaltskonsolidierung erleichtern. Die Staaten wären nicht mehr auf das Geld der Spekulanten angewiesen. Die Anleger müssten ihre Zinsforderungen herunterfahren.
- Wenn die hierfür notwendigen Satzungsänderungen der EZB nicht kurzfristig machbar sind, muss eine zweitbeste Lösung her, mit der die Finanzierung öffentlicher Körperschaften dauerhaft und tragfähig gelöst werden kann. Die Länder der Eurozone sollen eine staatliche „**Europäische Bank für öffentliche Anleihen**“ (**European Bank for Public Bonds**) gründen. Sie erwirbt Staatsanleihen kriselnder, aber auch stabiler Euroländer. Anschließend deponiert sie die Anleihen als Sicherheit bei der Zentralbank. Dafür bekommt die Bank zinsgünstige Kredite, die sie an Mitgliedsstaaten weiterreicht.

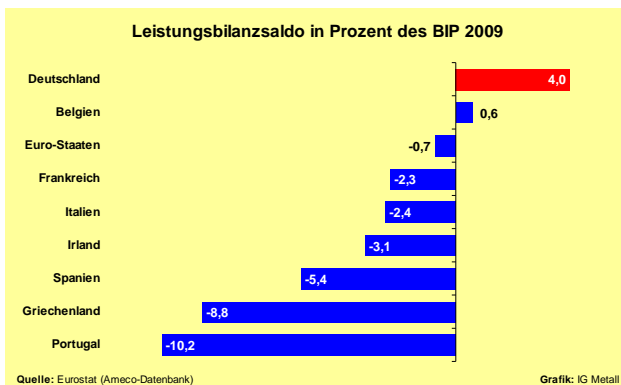
Ungleichgewichte in der Eurozone solidarisch verringern

Wer jetzt die Krise des Euro fürchtet, darf nicht vergessen, daß die Konstruktionsmängel der Einheitswährung selbst maßgeblich für die Griechenlandkrise verantwortlich sind.

Durch die einseitige Fixierung auf die Beschränkung der Staatsverschuldung wurde eine verbindliche Koordinierung für eine beschäftigungsorientierte Konjunkturpolitik verhindert. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Wegfalls der Wechselkurse für die schwächeren Mitgliedstaaten wurde systematisch unterschätzt. Griechenland, Spanien und Portugal sind bereits mit Leistungsbilanzdefiziten in die Währungsunion gegangen. Seit ihrem Beginn gibt es für Griechenland und die anderen schwächeren Mitgliedstaaten keine Möglichkeit mehr, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch eine Währungsabwertung zu erhöhen. Die Folge: Griechenlands Konkurrenzfähigkeit nahm drastisch ab und die Leistungsbilanz geriet immer rascher ins Minus. Die deutsche Exportwirtschaft hat von der kräftigen Binnennachfrage in Griechenland und den anderen südlichen Eurostaaten profitiert. In Griechenland und Portugal boomte nach der Währungsunion die Nachfrage. Griechische Konsumenten importierten deutsche Autos, Pharmazeutika und Produkte der Lebensmittelindustrie, die Industrie Maschinen und Apparate. Aber Haushalte und Industrie mussten sich dafür verschulden. Davon profitierten die Banken. Von 2005 bis 2008 erhielten deutsche Anleger jährlich zwei Milliarden Euro Zinsen aus Griechenland.

Im übrigen Euroraum – allen voran in Deutschland – ist die Binnennachfrage viel weniger gewachsen als in Griechenland. Von den Euronachbarn wurden deshalb nicht genug Waren und Dienstleistungen nachgefragt, um die griechische Bilanz auszugleichen.

Es ist nicht zu leugnen, dass eine überlegene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie es Griechenland und den anderen südlichen Ländern schwer macht, aus dem Leistungsbilanzdefizit herauszufinden. Dafür sind nicht nur die in den letzten Jahren gewachsenen Kostenvorteile für deutsche Unternehmen, sondern auch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur und Produktpalette verantwortlich.



Mit dem Zwangssparprogramm sollen Löhne und Preise in Griechenland jetzt so weit nach unten gedrückt werden, daß die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft auch ohne Abwertung der Währung wieder hergestellt wird.

Die interne Abwertung ist sozialer Kahlschlag. Sie ist sozial unverantwortlich und ökonomisch zum Scheitern verurteilt.

Griechenlands Krise muss zu einem Ausgangspunkt für einen Kurswechsel hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen Integration werden:

- Europa braucht eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung: Die Bundesregierung muss sich für eine solche bessere Koordinierung (zum Beispiel in Form einer Europäischen Wirtschaftsregierung) einsetzen.
- Die einseitige Fixierung auf Sparprogramme und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit treibt Europa in Deflation und Depression. Die Krise kann nur mit einer dynamischen Wachstumsstrategie überwunden werden. Dazu braucht es auch eine gemeinsame Finanz- und Investitionspolitik.
- Keine übereilten Exitstrategien aus der Krise! Überschussländer wie Deutschland und Österreich sollen eine aktive Finanzpolitik beibehalten und zur Stärkung der Binnennachfrage beitragen. Defizitländer wie Griechenland müssen ihre Haushaltslage dagegen schneller, aber ohne sozialen Kahlschlag, verbessern. Ein Heraussparen aus der Krise ist nicht möglich! Lohn- und Rentenkürzungen lehnt die IG Metall ab.
- Massive Leistungsbilanzungleichgewichte können nicht länger unberücksichtigt bleiben. Wir wollen Euroland mit allen seinen Mitgliedern erhalten. In Europa und in den Mitgliedsländern ist es notwendig, eine bessere Balance zwischen außen- und binnenwirtschaftlicher Entwicklung zu erreichen. Länder mit Überschüssen in der Handels- und Leistungsbilanz sind verpflichtet, ihren Binnenmarkt zu stärken. In Deutschland braucht es mehr private und öffentliche Investitionen und höhere Masseneinkommen. Dazu sind ein gesetzlicher Mindestlohn sowie die Bekämpfung des Niedriglohnssektors nötig.
- Die gewerkschaftliche Tarifpolitik ist sich ihrer europäischen Verantwortung bewusst. Sie will schon seit langem die gegebenen Verteilungsspielräume im Interesse von Verteilungsgerechtigkeit und europäischer Solidarität ausschöpfen und in die Praxis umsetzen. Vor allem die Arbeitgeber sind jetzt aufgefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.
- Neue Regeln in der Eurozone müssen helfen, dass die Währungsunion zu einem wirklichen Integrationsprojekt wird. Zahlungsbilanzkrisen müssen ebenso wie Haushaltskrisen vorbeugend verhindert werden. Nötig ist ein solidarisches Ausgleichssystem zwischen stärkeren und schwächeren Ländern.



Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

03/2010

12. Mai 2010

Autorin:

Dr. Margit Köppen

Vertrieb:

Sarah Menacher

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand

Wirtschaft, Technologie, Umwelt

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 2091

Fax: +49 (69) 6693 80 2091

Mail: wi@igmetall.de

online: www.igmetall.de/download

Abonnement der wirtschaftspolitischen Publikationen
per mail an : sarah.menacher@igmetall.de